

Internationale Handelsabkommen – eine Herausforderung für die Gewerkschaften

Seit einigen Jahren werden neue Dynamiken auf dem Gebiet der internationalen Handelsabkommen deutlich. Eine Analyse dieser Prozesse hilft zu verstehen, wie Machtstrukturen auf neue Art und Weise etabliert werden und wie die Industrieländer neue Strategien einsetzen, um ihre weltweit zentrale Rolle bei der Akkumulation von Reichtümern abzusichern. Für die Gewerkschaftsbewegung bedeuten diese Veränderungen auch neue Herausforderungen. Eine der wichtigsten Fragen lautet, auf welche Weise Interventionen in globalen Akkumulationsketten möglich sind.

VIVIANA BARRETO

Schon seit geraumer Zeit gibt es Bemühungen, eine (Nicht-)Regierungsführung¹ im internationalen Handel voranzutreiben. Die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg lässt sich in drei große Phasen unterteilen: Zunächst den

Viviana Barreto: Sozialaktivistin und Mitglied bei der Organisation Sozialökonomisches Netzwerk (Redes) – Friends of the Earth (Red de Economía Social (Redes)-Amigos de la Tierra). Sie hat einen Abschluss in Internationale Beziehungen. Sie arbeitet mit dem Gewerkschaftsdachverband der Amerikas (Confederación Sindical de las Américas, CSA) und dem Gewerkschaftszusammenschluss von Gewerkschaften des öffentlichen Sektors (Internacional de Servicios Públicos, ISP) zusammen.

Schlagwörter: Akkumulation, Freihandel, Gewerkschaften, Handelsabkommen, Staat.

Originalversion: Dieser Artikel wurde in *Nueva Sociedad* Nr. 264, 7-8/2016, veröffentlicht. Übersetzung: Bettina Hoyer. Revision: Sebastian Lansberger.

1. Das Wörterbuch der Real Academia Española definiert »Gouvernance« (*gobernanza*) als »Kunstfertigkeit oder Form des Regierens, die sich zum Ziel setzt, eine dauerhafte wirtschaftliche, soziale und institutionelle Entwicklung zu schaffen und dabei ein gesundes Gleichgewicht zwischen dem Staat, der Zivilgesellschaft und dem Wirtschaftsmarkt zu fördern«.

Multilateralismus, der den Zeitraum ab 1947 bis zum Beginn der 1980er Jahre umfasst, beginnend mit dem Scheitern der geplanten Internationalen Handelsorganisation (International Trade Organization, *ITO*), über das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (General Agreement on Tariffs and Trade, *GATT*) bis hin zur Welthandelsorganisation (World Trade Organization, *WTO*). Zweitens, den Bilateralismus, der Ende der 1980er Jahre aufkommt und bis etwa 2010 andauert. Und schließlich drittens den Mega-Regionalismus², der sich etwa Ende 2010 abzuzeichnen beginnt und der sich aktuell sehr schnell entwickelt. Diese Phasen unterscheiden sich sowohl hinsichtlich des institutionellen Verhandlungsrahmens als auch hinsichtlich der Tragweite und Absicherung der verhandelten Übereinkünfte.

Multilaterale Handelsverträge spielen erstmals bei den Gesprächen von Bretton Woods (1944) eine Rolle. Es wurde ein ganzes Bündel aus Regularien und Institutionen beschlossen, mit denen das Wirtschaftssystem in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gesteuert werden sollte. Die teilnehmenden Staaten, die dem von den USA vorgegebenen Rhythmus folgten, beschlossen die Gründung der Internationalen Handelsorganisation *ITO*. Die Aufgaben und Prinzipien dieser Organisation sollte die von rund 50 Staaten unterzeichnete Havanna-Charta festschreiben. Zudem wiesen die Unterzeichnerstaaten in diesem Dokument der Förderung der industriellen und wirtschaftlichen Entwicklung auf Grundlage eines sozialen Gleichgewichts eine zentrale Rolle zu. Auch die unterschiedlichen Bedürfnisse der Mitglieder im Hinblick auf ihre relative wirtschaftliche und produktive Entwicklung finden in der Charta Berücksichtigung. Hervorgehoben wird zudem, dass die Beschäftigungsförderung ein zentrales Ziel ist und dass den entsprechenden politischen Maßnahmen im nationalen Rahmen genügend Raum gegeben werden muss³. Derartige Klauseln sowie die Einschätzung, dass es unzweckmäßig sei, sich an das vorgesehene institutionelle Schema der *ITO* zu binden, gaben schließlich den Ausschlag für die Entscheidung des US-Kongresses, die

2. Comisión Económica para América Latina y el Caribe (CEPAL): »Panorama de la inserción internacional de América Latina y el Caribe 2013. Lenta poscrisis, meganegociaciones comerciales y cadenas de valor: el espacio de acción regional«, CEPAL, Santiago de Chile, 2013.

3. Havanna-Charta, Artikel 2: »Die Bedeutung von Beschäftigung, Produktion und Nachfrage hinsichtlich der Ziele der vorliegenden Charta«. In Absatz 1 wird dazu ausgeführt: »Die Mitglieder erkennen an, dass in allen Staaten die Vermeidung von Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung mittels der Schaffung und Erhaltung von einträglichen Beschäftigungsmöglichkeiten für all jene, die arbeitsfähig und arbeitswillig sind, sowie eines bedeutenden und stetig ansteigenden Produktionsvolumens und einer beträchtlichen und ständig zunehmenden Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen nicht nur eine innere Angelegenheit sind, sondern eine notwendige Bedingung für das Erreichen des allgemeinen Zwecks und der im Artikel 1 benannten Ziele, einschließlich der Ausweitung des internationalen Handels und, daraus folgend, für den Wohlstand aller anderen Staaten«.

Havanna-Charta nicht zu ratifizieren. Damit war das vorgesehene Handelssystem gescheitert. Einzig das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen GATT, in dessen Mittelpunkt die Reduzierung von Zöllen sowie handelspolitischen Schutzmaßnahmen standen, hatte Bestand. Diese Übereinkunft stellte jedoch nur einen Teil der zuvor erarbeiteten Vision der internationalen Handelsbeziehungen dar.

Die Uruguay-Runde im Rahmen des GATT (1986–1994) –Vorläufer der WTO – spielt eine entscheidende Rolle bei den Bemühungen, nicht ausschließlich wirtschaftliche Aspekte in die Logik internationaler Handelsvereinbarungen einfließen zu lassen. Das zeigt sich bei den entsprechenden Verpflichtungen zum Schutz des geistigen Eigentums, bei Investitionen, beim öffentlichen Beschaffungswesen sowie bei verschiedenen sozialen Aktivitäten, deren wirtschaftlicher Wert höher angesiedelt wird als der ihrer sozialen Funktion (u. a. Transport, Kommunikation, öffentliche Dienstleistungen, Finanzen)⁴. Beim Handel mit Agrargütern, über den in diesem Rahmen erstmals verhandelt worden war, brachten die Ergebnisse hingegen keinerlei Änderungen hinsichtlich der von den USA und den europäischen Staaten etablierten handelspolitischen Schutzmaßnahmen.

Von entscheidender Bedeutung in diesem Prozess war die Einberufung der ersten Verhandlungen unter Schirmherrschaft der WTO: die Doha-Runde, die im November 2001 begann. Die Arbeit dieser Runde war Teil einer »Entwicklungsagenda«. In ihrer Grundsatzerklärung wurde die Notwendigkeit betont, den »unterentwickelten« Ländern günstigere Bedingungen zuzusichern. Davon abgesehen stellte sich die Doha-Runde in der Praxis jedoch als ein neuerlicher Versuch der Nationen des kapitalistischen Zentrums⁵ heraus, ihre Ziele noch intensiver zu verfolgen: eine Öffnung des Handels und eine Offensive gegen staatliche Maßnahmen, unter anderem in den Bereichen der Versorgungsleistungen, der Investitionen, des öffentlichen Beschaffungswesens und der Wettbewerbspolitik. Dabei wurde schnell deutlich, dass es an der Bereitschaft fehlte, das Bedürfnis der Länder des Globalen Südens nach Entwicklung

**Es fehlte an der
Bereitschaft, das Bedürfnis
der Länder des Globalen
Südens nach Entwicklung
anzuerkennen ■**

4. Die Uruguay-Runde des GATT endete mit der Unterzeichnung der Schlussakte von Marrakesch (das sogenannte Marrakesch-Abkommen), in deren Rahmen die WTO geschaffen wird.

5. Gemeint sind die Industriestaaten [Anm. der Redaktion].

anzuerkennen. Die Verhandlungen im Rahmen der Doha-Runde blieben auf die Versuche der USA und der EU beschränkt, einerseits die Märkte des Südens für Industriegüter weiter zu öffnen sowie andererseits substanzielle Einschnitte bei Subventionen sowie eine Öffnung der Agrarmärkte zu verhindern⁶. Trotz zahlreicher Initiativen für eine Neuaufnahme der Gespräche und Marketing-Kampagnen, die einen »kurz bevorstehenden Durchbruch«⁷ suggerieren sollten, ist der Totenschein der »Entwicklungsrunde« praktisch bereits ausgestellt⁸.

Parallel dazu wurde Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre damit begonnen, im Bereich des internationalen Handels eine bilaterale Verhandlungsstrategie umzusetzen. Ursache hierfür waren die Schwierigkeiten, denen man sich bei der Ausweitung des Handels gegenüber sah. Zudem wurden Handlungsspielräume nationaler Politik bei der Lenkung von Produktion und Wirtschaft in einem multilateralen Umfeld immer geringer. Diesem von den USA initiierte Paradigmenwechsel schloss sich die EU schnell an. Er fand in einem vom Washington Consensus dominierten politischen Klima statt, das eine stark neokoloniale Komponente aufwies. Dies sind die Rahmenbedingungen, unter denen die Verhandlungen zur Unterzeichnung des Abkommens über die (Gesamt-)Amerikanische Freihandelszone (Free Trade Area of the Americas, FTAA) stattfanden. Dieses Abkommen sollte die wirtschaftliche und handelspolitische Vormachtstellung der USA in der Region weiter festigen. Gleiches gilt für die Verhandlungen über die Freihandelsverträge (TLC), die von den USA und der EU mit Staaten Lateinamerikas und der Karibik unterzeichnet wurden⁹. Mit diesen Vereinbarungen sollen Rahmenmodelle etabliert werden, die bei Themen wie der Öffnung des Handels, dem staatlichen Beschaffungswesen, dem Schutz des geistigen Eigentums oder der Regulierung im Finanzsektor noch rigorosere sind als bisherige multilaterale Abkommen, die im Rahmen der WTO vereinbart worden sind.

Mit dem Aufkommen megaregionaler Abkommen beginnt sich ab dem Jahr 2010 schließlich ein neues Modell bei den internationalen Verhandlungen

6. Kjeld Jakobsen: »Un balance de estos siete años de la Ronda de Doha« in *América Latina en Movimiento online*, 15.5.2008

7. V. Barreto: »El 'Paquete de Bali': ¿un éxito para América Latina?«, Analyse, in *Nueva Sociedad*, April 2014, verfügbar unter <www.nuso.org>.

8. »Carta de la sociedad civil sobre la agenda futura de negociaciones de la OMC«, 8. Juli 2015, verfügbar unter <www.ourworldisnotforsale.org/es/signon/carta-sociedad-civil-sobre-agenda-futura-negociaciones-omc>.

9. Die USA unterzeichneten Abkommen mit Zentralamerika, der Dominikanischen Republik, Chile, Kolumbien, Panama, Peru und Mexiko. Die EU unterzeichnete ihrerseits Abkommen mit den Staaten der Karibik, Zentralamerika, Chile, Kolumbien, Mexiko und Peru.

abzuzeichnen. Laut einer bereits frühzeitig erarbeiteten Definition der Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (Comisión Económica para América Latina y el Caribe, Cepal)¹⁰ unterscheiden sich diese Abkommen durch drei grundsätzliche Merkmale von anderen Übereinkünften: die beträchtliche Größenordnung der involvierten Ökonomien; die Schaffung von Wirtschaftsräumen mit einer weitreichenden geografischen Ausdehnung (transpazifisch oder transatlantisch); ihr Bestreben, Vereinbarungen über Öffnung und Liberalisierung deutlich zu vertiefen¹¹. Vor diesem Hintergrund wurden die Verhandlungen über die Transpazifische Partnerschaft (Trans-Pacific Partnership, TPP), das Transatlantische Freihandelsabkommen (Transatlantic Trade and Investment Partnership, TTIP) und das Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (Trade in Services Agreement, TISA) aufgenommen.

Zu den geopolitischen Zielen dieser vor allem von den USA forcieren Übereinkünfte gehört es, China die Steuerung von Akkumulationsprozessen zu erschweren und – mit Blick auf die globale Verteilung der politischen und ökonomischen Macht – die Marginalisierung der Schwellenländer voranzutreiben¹². Auf der anderen Seite sind diese Abkommen Ausdruck und Instrument neuer globaler Akkumulationsdynamiken des Kapitalismus. Ihre Vorkämpfer sind üblicherweise transnationale Unternehmen mit Sitz im industrialisierten Norden. Ziel ist es, größere Rentabilität zu erreichen. Kennzeichnend ist eine Fragmentierung der Produktionsprozesse und die Neuan siedlung von Produktionseinheiten in verschiedenen Ländern und Regionen. Faktoren, die bei der Gewinnmaximierung eine Rolle spielen, sind: niedrige Löhne und nur wenige Verpflichtungen zum sozialen Schutz von Arbeiter_innen; Zugang zu großen Mengen natürlicher Ressourcen; kaum umweltschutzrechtliche Anforderungen; die Verfügbarkeit von Technologien und

Zu den geopolitischen Zielen dieser Übereinkünfte gehört es, die Marginalisierung der Schwellenländer voranzutreiben ■

10. CEPAL: op. cit.

11. Sie enthalten weitreichende Vereinbarungen, die Aspekte aufweisen, die weit anspruchsvoller sind als die Vereinbarungen im Rahmen der WTO (WTO plus-Abkommen) und Belange einbeziehen, die in die multilateralen Regularien bis dato keinen Eingang gefunden haben (Vereinbarungen WTO-x), beispielsweise Standards hinsichtlich des geistigen Eigentums, bei öffentlichen Dienstleistungen oder Einschränkungen bei der Umsetzung nationaler Gesetze.

12. Heribert Dieter: »El retorno de la geopolítica. La política comercial en la era del TTIP y el TPP«, Analyse, in *Nueva Sociedad*, Juli 2015, verfügbar unter <www.nuso.org>. Vgl. auch den Volltext der Studie von H. Dieter: »The Return of Geopolitics: Trade Policy in the Era of TTIP and TPP«, Dezember 2014 (Englisch), verfügbar unter <www.netzwerk-ebd.de/wp-content/uploads/2014/12/EBD-MO-INFO-FES-141219-Return-of-Geopolitics.pdf>.

entsprechend ausgebildeten Fachkräften; die Nähe zu den Konsummärkten. Diese Akkumulationsketten werden von großen transnationalen Unternehmen dominiert. Sie diktieren ihren Zulieferern die Bedingungen und versuchen über die megaregionalen Übereinkünfte, diese Bedingungen Ländern und Gesellschaften aufzuzwingen.

Das von den zentralen Akteuren dieser Akkumulationsketten durchgesetzte politische Programm beruhte auf einer Öffnung des Handels, der Liberalisierung des Finanzsektors und den Bereichen Auslagerung (Outsourcing), Tertiärisierung und Privatisierung. Sie können als wichtigste Werkzeuge in diesem Prozess angesehen werden. Unter dem Euphemismus der Notwendigkeit einer »Regulierungskonvergenz« bei ihren weltweiten Aktivitäten drängen die Unternehmen auf die Einführung eines neuen Regelwerks. Dieses Regelwerk wird durch die Privatisierung des Gemeinschaftslebens, das Zurückdrängen des Staates und den Verlust der Fähigkeit der Regierung, souveräne Entscheidungen zu treffen, kritische Auswirkungen auf die Beziehung Staat – Gesellschaft – Markt haben.

■ Megaregionale Handelsabkommen: Wer bestimmt die neuen Regeln?

Die Förderung megaregionaler Handelsabkommen stellt den Versuch der USA dar, die WTO zu schwächen, um neue internationale Handelsregeln einzuführen. Das gesamte Handelssystem soll so in ein neues Schema gepresst werden, das ihren eigenen Interessen entspricht, nicht jedoch denen der Schwellenländer. Kurzum: Es geht um die Etablierung einer neuen Ordnung »post WTO« und »post Freihandelsabkommen«¹³.

Im Kern geht es bei diesen Abkommen nicht um eine Aufhebung handelspolitischer Schutzmaßnahmen in Form tarifärer Handelshemmnisse. Diese sind bereits jetzt vergleichsweise gering. Stattdessen geht es um die Einführung neuer normativer Standards, die darauf abzielen, die Interventionsmöglichkeiten der Staaten zu verringern und den Unternehmen freies Spiel zu bieten¹⁴. In diesem Sinne enthalten sowohl TPP als auch TTIP und TISA jeweils Bestimmungen, die direkt auf eine Reduzierung des Handlungsspielraums nationalstaatlicher Politik ausgerichtet sind. Dies wird insbesondere in den Kapiteln zur Regulierung der einheimischen Industrie, zu Fragen der

13. V. Barreto: »Documento de Trabajo. Campaña regional contra el TISA. Internacional de Servicios Públicos Regional Américas«, ISP / FES / REDES-AT, 2016.

14. Joseph E. Stiglitz: »The Free-Trade Charade« in *Project Syndicate*, 4.7.2013.

Transparenz, zum staatlichen Beschaffungswesen sowie zu staatlichen Unternehmen und Monopolen deutlich. Versteckt hinter Formulierungen, die einen Fortschritt in Sachen Objektivität, Gerechtigkeit und Transparenz bei Regierungsentscheidungen und eine »Angleichung der Spielregeln«¹⁵ für einheimische und ausländische Unternehmen suggerieren, finden sich Verpflichtungen, die den transnationalen Unternehmen völlige Handlungsfreiheit bei ihren Aktivitäten zusichern, ihre *Lobbyarbeit* institutionalisieren und ihnen ermöglichen, Staaten vor internationalen Schiedsgerichten zu verklagen. Im Endeffekt führt dies dazu, dass ab Inkrafttreten dieser Abkommen jegliche staatliche Maßnahmen in Sachen Industrieförderung, Energie, Gesundheit, Arbeitsrechte, Umweltschutz, Entsorgungsleistungen, Zugang zu Dienstleistungen der Grundversorgung, Kultur und Bildung ausgehebelt werden.

Eine weitere Besonderheit dieser Abkommen ist die Tatsache, dass sie hinter verschlossenen Türen verhandelt und unterzeichnet werden. Damit stimmen die Staaten einer Einschränkung ihrer Souveränität zu. Diese wichtige Entscheidung wird hinter dem Rücken der Bevölkerung, der nationalen Parlamente und der politischen Entscheidungsträger_innen getroffen, deren Arbeit am stärksten von den Inhalten der Abkommen betroffen sein wird.¹⁶ Im Gegensatz dazu sind transnationale Unternehmen aktiv an den Verhandlungen beteiligt. Im Fall der TISA-Verhandlungen genügt es beispielsweise, die Verlautbarungen von Unternehmerverbänden, wie der TISA Business Coalition¹⁷ oder der Coalition of Services Industries¹⁸ aus

Eine weitere Besonderheit dieser Abkommen ist die Tatsache, dass sie hinter verschlossenen Türen verhandelt und unterzeichnet werden ■

15. Dieser Ausdruck, der häufig zur Verteidigung dieser Art von Verhandlungen herangezogen wird, ist eindeutig irreführend. Schließlich gehen Verpflichtungen, die sich Staaten in Sachen Inländerbehandlung auferlegen, weit darüber hinaus, lediglich sicherzustellen, dass es keine Diskriminierung zugunsten einheimischer Unternehmen gibt. Die Staaten müssen zudem sicherstellen, dass ausländische Unternehmen gleiche Betriebsbedingungen wie inländische vorfinden, was in manchen Fällen zu einer bevorzugten Behandlung führen kann. Im Fall der internationalen Schiedsgerichte, die im bereits unterzeichneten TPP-Abkommen vorgesehen und bei TTIP und TISA noch in der Diskussion sind, lässt sich diese Diskriminierung zugunsten ausländischen Kapitals deutlich erkennen.

16. Das ist der Grund, warum der Umfang des Mandats der Europäischen Kommission zur Aushandlung solcher Abkommen – TTIP, TISA, CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) – von Seiten der Gewerkschaften und der europäischen Linken derart kritisiert worden ist.

17. Verfügbar unter <www.teamtisa.org/>.

18. Verfügbar unter <www.servicescoalition.org/>.

den USA zu analysieren, um zu verstehen, welcher ungemein großen Einfluss diese Organisationen auf den Gang der Verhandlungen haben.

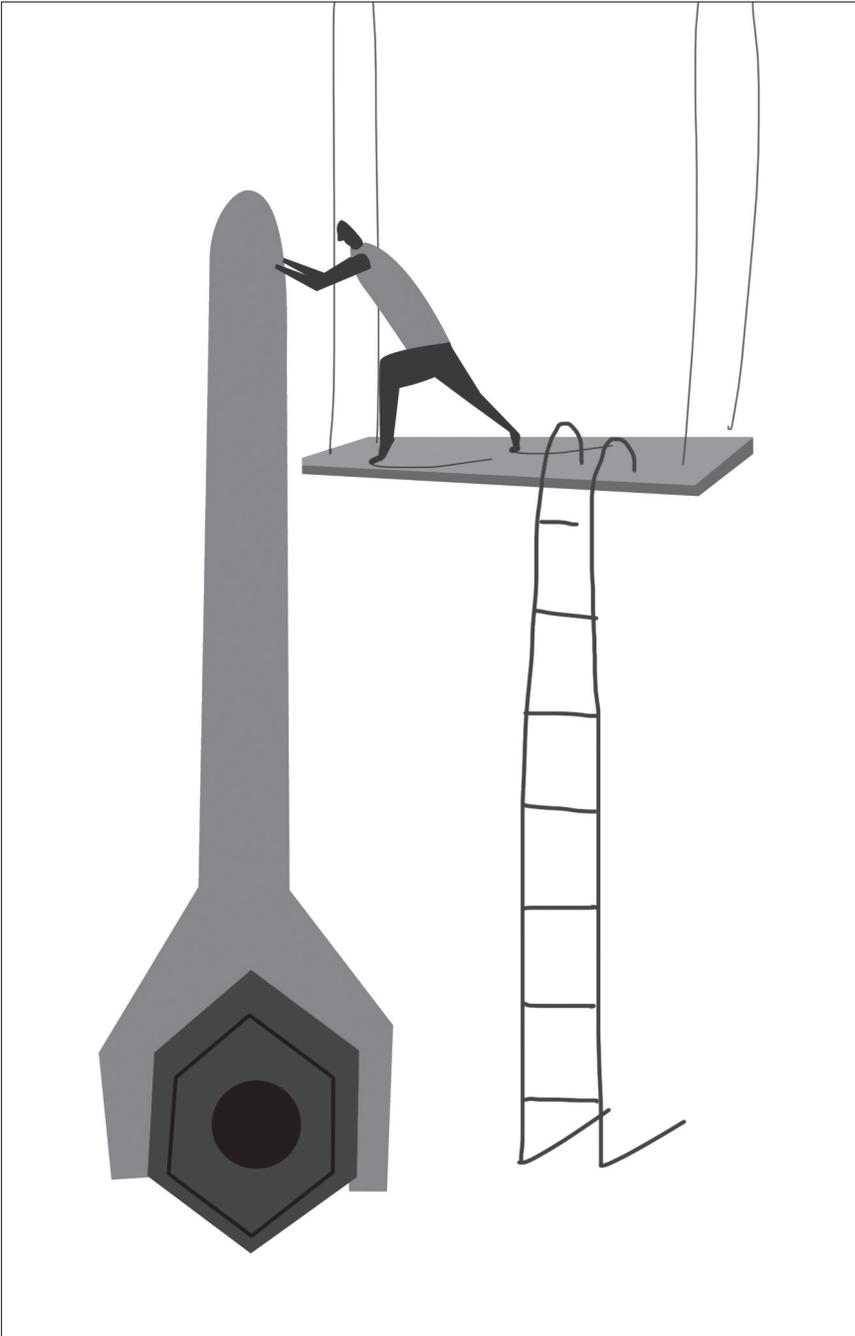
■ Die Auswirkungen der Abkommen auf den Arbeitssektor

Treten diese megaregionalen Handelsabkommen in Kraft, wird das erhebliche Auswirkungen auf die Beschäftigungssituation haben. Dies liegt zum einen an ihrer Zielsetzung, die heutigen, von transnationalen Konzernen kontrollierten Produktionsketten zu konsolidieren. Zum anderen – und insbesondere – liegt es jedoch auch an einem sich verschärfenden Druck, sich am Markt zu orientieren. Dies beschneidet bereits jetzt die Fähigkeit der Staaten, das Gemeinwohl ihrer Bevölkerungen effektiv zu schützen.

Das TPP-Abkommen, dessen Vertragstext nach der Unterzeichnung im Februar 2015 vollständig veröffentlicht wurde, enthält ein Kapitel, in dem es explizit um Fragen der Arbeit geht. TISA und TTIP könnten am Ende ähnliche Klauseln zum Thema enthalten. Es lässt sich bereits jetzt sagen, dass die darin auftauchenden Verpflichtungen in keiner Weise ausreichend erscheinen, um – im Rahmen der Selbstverpflichtung der Staaten hin zu einer politischen Öffnung – den Schutz von Arbeitsrechten zu garantieren.

Im betreffenden Kapitel des TPP-Abkommens werden die im Rahmen der WTO auferlegten Verpflichtungen ebenso wie die in jedem Land jeweils gültigen Rechtsnormen anerkannt. Die Festlegungen zum Thema Arbeit sind allerdings weniger auf eine grundsätzliche Verpflichtung der Staaten zum Schutz von Arbeiter_innen innerhalb ihrer Landesgrenzen ausgerichtet, sondern vielmehr auf die Vermeidung einer Wettbewerbsdynamik, die sich aufgrund des Lohngefälles entfalten könnte. Zunächst lässt sich feststellen, dass die Gültigkeit nationaler und internationaler Arbeitsnormen davon abhängig ist, dass diese nicht »zu protektionistischen Zwecken« missbraucht werden, sprich, dass sie nicht das Handeln des betreffenden Unternehmens einschränken. Darüber hinaus lässt sich allerdings auch schlussfolgern, dass die Betonung der Einhaltung von Arbeitsstandards im Abkommen stärker auf den Wunsch der Länder des Nordens ausgerichtet ist, das sogenannte Sozialdumping auszuschließen, als dass dies auf eine humanistische Vision zurückzuführen wäre, bei der Arbeitsrechte als Grundrechte, die allen Personen zugutekommen, anerkannt würden¹⁹.

19. Vgl. Artikel 19.4 des TTIP-Anhangs über Arbeitsfragen, verfügbar auf Spanisch unter <www.direcon.gob.cl/tpp/capitulos-del-acuerdo/>.



Bestandteil des TISA-Abkommens wiederum ist ein Anhang, der dem »Personenverkehr« gewidmet ist und bei dem es vorgeblich um die Mobilität jener Personen geht, die als »selbstständige Dienstleister_innen« eingestuft werden. Meistens handelt es sich hierbei um Hochqualifizierte. Obgleich dieser Personenkreis von den Staaten umfassende Garantien für seine Mobilität erhalten soll, gibt es keinerlei Bestimmungen hinsichtlich der Einhaltung von Arbeitsnormen oder bezüglich ihrer sozialen Absicherung. Damit stellt dieser Passus nicht nur ein Instrument dar, mit dem die Flexibilisierung der Arbeitsbeziehungen vorangetrieben wird. Es besteht zudem Grund zur Sorge, dass diese Bestimmungen zu einer Verschärfung der bereits jetzt prekären Arbeits- und Lebensbedingungen von Millionen von Migrant_innen führen werden. Denn der Text des Anhangs ist nicht ausreichend eindeutig ausformuliert, um ausschließen zu können, dass auch migrantische Arbeiter_innen unter die Kategorie selbstständige Dienstleister_innen subsumiert werden, wodurch diese – und zwar unter Umgehung der Rechtsnormen des Ziellandes – völlig schutzlos blieben.

Letztendlich besteht die größte Gefahr derartiger Verträge für den Arbeitssektor darin, dass sich die transnationalen Konzerne noch intensiver bemühen, Kapital zu akkumulieren. Sie sehen den Weg bereitet, ihre Gewinnzone immer weiter auf Kosten einer stets umfassenderen Ausbeutung von Arbeiter_innen zu verschieben. Für die Länder des Südens, und insbesondere für die Länder in Lateinamerika, bedeuten diese Handelsabkommen die Konsolidierung einer Nord-Süd-»Spezialisierung«. Sie werden in der Rolle von Rohstoffproduzenten gefangen gehalten bzw. produzieren – einhergehend mit einem gleichzeitigen Verlust ihrer Fähigkeit zur Erarbeitung und Umsetzung souveräner Strategien für eine soziale und produktive Entwicklung – nur mit geringem Mehrwert.

■ Herausforderungen für Arbeiter_innen

Die 2008 beginnende kapitalistische Krise führte nicht zu einer Schwächung jener Strategien, die auf der zentralen Rolle des Marktes und einer Finanzialisierung der Wirtschaft beruhen. Sie führte vielmehr zu einer massiven Offensive gegen jegliche Versuche, bestehende Akkumulationsstrategien in Frage zu stellen und einen Diskurs zu lancieren, der die Notwendigkeit von Änderungen in der Art und Weise, wie Produktion, Handel, Konsum und gesellschaftliches Zusammenleben auf globaler Ebene organisiert sind, ins Zentrum rückt. Zehn Jahre nach dem Misserfolg der USA bei ihrem Versuch, eine gesamtamerikanische Freihandelszone zu errichten, befindet sich die

Gewerkschaftsbewegung in einem klaren Wiederaufbauprozess – trotz eines sich insgesamt verstärkenden neoliberalen Kurses und wachsenden Schwierigkeiten für die emanzipatorisch gesinnten Projekte des Südens.

In diesem Kontext sollte beim Wiederaufbau der Gewerkschaftsbewegung auf eine umfassende organisatorische und programmatische Neuausrichtung geachtet werden. Es ist notwendig, auf unterschiedlichen Ebenen zu agieren: innerhalb der globalen Akkumulationsketten, im Sinne einer Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen von Arbeiter_innen sowie insgesamt für ein Ende der Folgenlosigkeit des Agierens großer Konzerne in den Ländern des Globalen Südens. Künftig müssen Fortschritte dabei erzielt werden, ein geeintes Handeln der »vielfältigen Kräfte« zu erreichen. Die verschiedenen Kämpfe, an denen die zivilgesellschaftlichen Organisationen des Kontinents beteiligt sind, müssen hier Eingang finden. Der Aufruf, der im November 2015 in Havanna von sozialen und Graswurzelbewegungen in den Amerikas, von Arbeitervertreter_innen, Frauen, Bauern und Bäuerinnen, Jugendlichen, Studierenden, alternativen Medien, Menschen afrikanischer Herkunft (*Afro-Descendants*), religiösen Gemeinschaften, Intellektuellen und Künstler_innen unterzeichnet wurde, erlaubt uns immerhin, optimistisch in die Zukunft zu blicken²⁰. ☒

20. Vgl. »Declaración final del Encuentro Hemisférico Derrota del ALCA, 10 años después«, Havanna, 22.11.2015.